

Prekäre Beschäftigungen abbauen



LDK in Sindelfingen am 21.-22.09.2019

Antragsteller*in: Andrea Lindlohr (Esslingen KV)

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 28 bis 33:

schützen und fairen Wettbewerb sichern“ unterstützt hat. Die Landesregierung soll diesen Weg weitergehen. ~~Auch im Land soll die Tarifbindung gestärkt werden, indem Tarifflicht nicht mit öffentlichen Aufträgen belohnt wird. Deshalb soll das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz geschärft und zudem wieder ein Vergabemindestlohn eingeführt werden, der über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt.~~ Wir wollen das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz schärfen. Dort haben wir bereits 2013 die Tariftreue für die Unternehmen, die einen Auftrag vom Land oder den Kommunen erhalten wollen, in allen dafür europarechtlich zulässigen Sektoren vorgeschrieben. Wir wollen eine Kontrollinstanz etablieren, die Stichproben durchführt. Dies ist besonders im Bereich des Öffentlichen Verkehrs wichtig, damit bei anstehenden Vergaben von Busverkehren durch die Kommunen Dumpingangebote sicher ausgeschlossen werden und der Wettbewerb unter den Unternehmen fair ist.

Von Zeile 44 bis 50:

~~Im Land sollen die Landesministerien und Landesbehörden auf sachgrundlose Befristungen verzichten und zudem fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg die Landesregierung außerdem auf, Stellen für Lehrer*innen nicht länger zu befristen. Der Umstand, dass Lehrer*innen sich in den Ferienmonaten im Sommer sechs Wochen lang arbeitslos melden müssen, um anschließend weiterbeschäftigt zu werden, ist nicht akzeptabel. Denn Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit werden.~~

Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit werden. Die Landesministerien und Landesbehörden sollen auf sachgrundlose Befristungen verzichten. Zudem fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg die Landesregierung auf, Lehrer*innen, die dies wünschen und die dienstrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, möglichst in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Bei Lehrer*innen, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, sollen Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, um die Entfristung oder die Verbeamtung zu ermöglichen.

Begründung

Für fairen Wettbewerb und gegen Lohndumping schreiben wir im Land bereits seit sechs Jahren Tariftreue vor, wo dies durch EU-Recht erlaubt ist. Dies ist im Wesentlichen beim Thema Verkehrsvergaben der Fall. Damit dies auch eingehalten wird, sollte das Land dies stärker selbst stichprobenhaft kontrollieren, wie dies auch das aktuelle Gutachten zur Evaluation des Gesetzes vorschlägt.

Den vergaberechtlichen Mindestlohn vom echten arbeitsrechtlichen Mindestlohn abzukoppeln ist nicht sinnvoll. Es führt zu einem riesigen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen bei der Kalkulation ihrer Angebote und benachteiligt dadurch kleine und mittlere Unternehmen. Der vom Antrag genannte grüne Einsatz für einen fair berechneten allgemeinen Mindestlohn ist der richtige Ansatz für armutsfeste Löhne für alle Beschäftigte und in jeder Branche.

Wir wollen auch den Lehrer*innen, bei denen bisher dienstrechtliche Hindernisse einer unbefristete Beschäftigung oder Verbeamtung entgegenstehen, Perspektiven geben. Kettenbefristungen lehnen wir ab. Befristete Verträge auf Wunsch beispielsweise für Pensionär*innen, die sich bereit erklärt haben, für bestimmten Zeitraum zu unterrichten, müssen jedoch weiter möglich sein, um flexibel die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

Unterstützer*innen

Jan Marczona (Stuttgart KV); Andreas Schwarz (Esslingen KV); Melanie Lang (Rems/Murr KV); Aytekin Celik (Stuttgart KV); Peter Seimer (Böblingen KV); Caroline Blarr (Karlsruhe KV); Ina Schultz (Sigmaringen KV); Cornelia Bethge (Esslingen KV); Sandra Boser (Ortenau KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV)